Der oberschlesische Wanderer

Sport in Oberschlesien Heute!

Nr. 197
95. Jahrgang
Verlagsort Gleiwitz

Montag, den 27. August 1923

Postscheck-Konto Breslau 1382. Telegramme Wanderer Gleiwitz. Gerichtsstand Gleiwitz
Fernsprecher Gleiwitz 171, 172, 231.

Preis: 50000 deutsche Mk., für poln. Oberschl. 500 poln. Mk.

Älteste, [illegible]deutsche Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

„Wanderer" erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis monatlich in Deutsch-Oberschlesien 30000 deutsche Mark, in Polnisch-Oberschlesien 30000 polnische Mark, im Voraus zahlbar fürs Haus. — Durch die Post bezogen 660000 deutsche Mark. — Preise freibleibend — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Streik und deren Folgen begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises. — —

Die einspaltige mm-Zeile kostet in Deutsch-Oberschl. für auswärtige u. amtliche Anzeigen 40000 deutsche Mk., für Ortsanzeigen 25000 deutsche Mk., Reklame-mm-Zeile für auswärtige Anzeigen 100000 deutsche Mk., für Ortsanzeigen 75000 deutsche Mk.; in Poln.-Oberschl. für auswärtige u. amtliche Anzeigen 2000 poln. Mk., für Ortsanzeigen 1500 poln. Mk., Reklame-mm-Zeile 6000 und 4000 poln. Mark. Angebots- u. Auskunftsvermittelung 5000 Mk. und Porto. Beilagengebühr 25000 Mk.‰. Bei gerichtl. Mitwirkung, bei Akkord. od. bei Konkurs fällt jede Rabattbewillig. fort

Reichsamnestie für politische Vergehen

Beschleunigung der Vorarbeiten

Berlin, 26. 8. Reichsjustizminister Radbruch hat sozialistischen Abgeordneten seine Absicht mitgeteilt, eine Reichs-Amnestie aller politischen Vergehen und Verbrechen herbeizuführen. Die Amnestie würde gleichmäßig Handlungen von links wie von rechts umfassen und sowohl Herrn von Jagow wie Hölz und auch Fechenbach die Freiheit wiedergeben. Die Vorarbeiten im Kabinett sollen beschleunigt werden.

Keine Kopflosigkeit

Betriebs- und Steuersabotage.

-er. Berlin, 25. August.

Seit drei Tagen bessert sich die Mark, das heißt ihr Kurs an den Auslandsbörsen macht täglich einen erwähnenswerten Schritt nach oben. Aber nur widerwillig folgen die deutschen Börsen. Man hat sich derartig in das Inflationselend hineingedacht, daß die Verbesserung nur als Schwankung, als Pause vor dem letzten Sturm und Zusammenbruch angesehen wird. Man glaubt also noch nicht an die Rettung. Arbeiter und Angestellte fürchten, daß die neuen Lohnsteigerungen und die künftig verlangte Wertbeständigkeit des Lohnes ihnen kaum das tägliche Brot sichern werden. Denn die Lebensmittelpreise steigen lustig weiter. Es ist kein Halten und Besinnen mehr. Stieg der Dollar, verteuerte die Teuerung fast stündlich mit. Sinkt der Dollar, so „wirken" sich eben andere Dinge „aus", wie der schöne Ausdruck lautet, z. B. die Güterkrise oder das neue Postporto. Dem Einkommen des Verbrauchers begegnet stets eine andere Hürde. Ihm bleibt anscheinend nur die Verzweiflung!

Aber auch die Erzeuger und Unternehmer befinden sich in einer trostlosen Stimmung. Bei ihnen sind es die Steuersorgen. Ruhropfer, Arbeitgeberbeiträge, Brotabgabe, Devisenbeschlagnahme, vervielfältigte Einkommensteuer verfolgen sie bis in ihre Träume. Finanzminister Hilferding hat in seiner Rede im Haushaltungsausschuß des Reichstages unumwunden strengste und wie er sich absichtlich ausdrückte, eine geradezu brutale Steuerpolitik angesagt. Was Wunder, daß viele den Kopf verlieren und nur noch vom Untergang der Existenz sprechen. Das Bedenklichste ist, daß bei dieser Panik auch Behörden mit schlechtem Beispiel vorangehen. Der Aeltestenausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, die Straßenbahn der ganzen Stadt stillzulegen. In anderen deutschen Großstädten, wo man sich ebenso wie in Berlin in unmögliche Fahrpreise hineingeritten hat, stehen ähnliche Beschlüsse bevor. Weiß man nicht, was das für große Gemeinwesen die Einstellung des wichtigsten Verkehrsmittels bedeutet? Hat man die wirtschaftzerstörende Wirkung nicht schon bei kurzen Streiks schaudernd erlebt? Alles müßte doch zur Aufrechterhaltung des Verkehrs versucht werden, statt aus Angst vor einem allzugroßen Betriebsdefizit den Handel und Wandel einer ganzen Stadt zu lähmen.

Dieser Nervenzusammenbruch an leitenden Stellen scheint sich auch auf andere große Organisationen zu übertragen. So hat sich der Afa-Bund, d. i. die Spitzenorganisation der freigewerkschaftlichen Angestellten-Verbände, und mit ihm zusammen der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund zu einem, man kann es nicht milder ausdrücken: recht unüberlegten Schritt hinreißen lassen. Beide Verbände haben an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, worin sie verlangen, daß aufgrund der Demobilmachungsverordnung vom November 1920 bei der Prüfung von Stillegungsanzeigen durch die Behörden die Betriebsräte und Gewerkschaften mitwirken dürfen und daß man im Falle einer Stillegung Betriebe pfänden und die Warenlager an arbeitswillige Unternehmer übertragen dürfe.

Nun begreife man wohl: Es besteht tatsächlich die Gefahr, daß in den nächsten Tagen und Wochen gewisse Unternehmer ihren Betrieb stillegen wollen, um die Steuerpolitik des Kabinetts Stresemann zu durchkreuzen. Diese Absicht deckt sich würdig an die Betriebssabotage der Straßenbahnverwaltungen, die kopflos ihren Dienst aufsagen wollen, weil sie die Pleite fürchten. Selbstverständlich hat hier die Regierung ihre Wachsamkeit und ihre ganze behördliche Macht aufzubieten, um solche rechtswidrigen Selbstmorde zu verhüten. Aber Betriebsstillegungen über diese heiklen Fragen entscheiden zu lassen und die Betriebe zu enteignen, um sie an fremde, unerprobte Unternehmer zu vergeben, das führt schnurstracks in die Welt des Bolschewismus hinein, dessen Unfähigkeit, eine zusammenbrechende Wirtschaft zu retten, man am russischen Experiment zur Genüge erkannt hat. Gegen soviel Kopflosigkeit gibt es nur ein Mittel: Zusammenraffen des letzten noch öffentlich vorhandenen Restes von staatsbürgerlicher Disziplin. Die sächsische Regierung, die dem radikalen Teil der Arbeiterschaft sonst gerne nach dem Munde redet, verlangte vor einigen Tagen in einem dringenden Appell strengste Einhaltung der Tarifvereinbarungen und der bestehenden sozialen Rechtsverhältnisse. Mangelnde Disziplin beim Arbeitnehmer und beim Unternehmer, damit wäre das traurige Schicksal Deutschlands besiegelt.

Die Notenpresse läuft wieder

Ob. Berlin, 27. August. (Eig. Ber.) Heute Vormittag um 6 Uhr haben die Notendrucker der Reichsdruckerei wieder mit der Arbeit begonnen. Auch in den Privatdruckereien ist die Notenpresse wieder in Gang. Es hieß gestern, daß der allgemeine Streik nicht zu vermeiden sein werde, wenn sich die Reichsbankleitung nicht bis heute Nachmittag 5 Uhr zur Wiedereinstellung Großmanns entschließen sollte.

Frankreich drückt den Markkurs

Ob. Berlin, 27. August. (Eig. Ber.) An der Sonnabend-Abendbörse in Newyork entsprach die Notierung der Mark einem Berliner Dollarkurs von 5 Millionen. Am Schluß der Sonnabendbörse zeigte sich in Newyork eine vermehrte Abgabe von Markpapieren, besonders auch von deutschen Schatzanweisungen. Man nimmt an, daß die Abgaben von einer französischen Bank stammen.

7500 Eisenbahnern in Berlin gekündigt

Neue Erhöhung der Eisenbahntarife.

Berlin, 27. August. Die Reichseisenbahn hat im Berliner Direktionsbezirk 7500 überzähligen Eisenbahnern gekündigt. Daraufhin haben die Berufsorganisationen beim Verkehrsminister gegen die Entlassungen Einspruch erhoben mit der Androhung solidarischer Maßnahmen. Die Eisenbahntarife werden am 10. September um wieder 200 % erhöht.

Italien will bezahlt werden

Zürich, 27. August. Wie der „Secolo" meldet, veröffentlicht die Stefanie-Agentur eine Regierungserklärung zur französischen Note an England, worin es heißt, daß Italiens Kriegsschulden die Ansprüche an die deutschen Wiedergutmachungsleistungen um 10,2 Milliarden Goldlire überstiegen, weshalb Italien einer Herabsetzung seines Anteils an den deutschen Reparationen verweigern müsse.

Die Devisen-Verordnung

1 Mark Gold für je 10000 Mark Brotabgabe, 2 Mark Gold bei Erwerbsgesellschaften.

!! Berlin, 27. Aug. Die Verordnung über die Ablieferung ausländischer Vermögensgegenstände lautet u. a.:

Für je zehntausend Mark, die gemäß § 5 des Gesetzes zur Sicherung der Brotversorgung im Wirtschaftsjahr 1923/24 vom 23. Juli 1923 als erste Teilabgabe zu entrichten sind, haben Erwerbsgesellschaften den Gegenwert von zwei Mark Gold, alle übrigen natürlichen und juristischen Personen, Personenvereinigungen und Vermögensmassen den Gegenwert von einer Mark Gold in ausländischen Zahlungsmitteln, anderen ausländischen Werten oder diesen gleichgestellten Werten abzuliefern. Die Ablieferung hat bis zum 15. September 1923 zu erfolgen.

Eine Ablieferungspflicht besteht nicht, sofern der abzuliefernde Betrag zehn Mark Gold nicht übersteigt. Für Personen, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen, die nach diesem Gesetz nicht ablieferungspflichtig sind, weil ihnen innerhalb der maßgebenden Zeit keine ausländischen und keine diesen gleichgestellte Vermögensgegenstände gehörten, bleibt eine Regelung über Art und Umfang ihrer Heranziehung vorbehalten.

Die Vorschriften finden auch Anwendung, soweit Rohstoffe oder sonstige Vorräte über das gewöhnliche Maß hinaus angesammelt worden sind. Den Vermögensgegenständen stehen gleich deutsche Reichsgoldmünzen sowie Gold- und Silberbarren. Die Ablieferungspflicht ist durch Hingabe von ausländischen Zahlungsmitteln, Wertpapieren oder gleichgestellten Vermögensgegenständen zu erfüllen. Bei verspäteter Ablieferung erhöht sich die Ablieferungspflicht um fünf vom Hundert des rückständigen Betrages für jeden angefangenen Monat der Säumnis.

Bei der Ablieferung von ausländischen Zahlungsmitteln wird ein Dollar mit vier Goldmark zwanzig Goldpfennigen umgerechnet.

Der Ablieferungspflichtige erhält für die von ihm abgelieferten Werte Stücke der wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches (Goldanleihe) zu einem Kurse, der fünf Prozent unter dem Zeichnungskurse liegt, der am Tage der Ablieferung gilt.

Wer weniger als zwei oder eine Mark Gold für je zehntausend Mark des ersten Teilbetrages der Brotversorgungsabgabe abliefert, ohne von der Ablieferungspflicht befreit zu sein, hat bis zum 15. September 1923 eine Erklärung darüber abzugeben, welche ausländischen Vermögensgegenstände sich in der Zeit vom 16. bis 20. August 1923 in seinem Vermögen befunden haben sowie darüber, was er an ausländischen Vermögensgegenständen nach dem 31. Juli 1923 veräußert hat.

Wer die vorgeschriebene Erklärung nicht in der gesetzlichen Frist abgibt oder die von ihm verlangte Auskunft verweigert, kann zur Erfüllung seiner Pflichten durch Ordnungsstrafen angehalten werden. Die Ordnungsstrafe kann bis zur Höhe des Gegenwerts von zwei Mark Gold für je zehntausend Mark der ersten Teilbeträge der Brotversorgungsabgabe verhängt werden. Säumige werden mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten und mit Geldstrafe bestraft. In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus bis zu fünf Jahren und das Höchstmaß der Geldstrafen unbeschränkt.

Wer in den vorgeschriebenen Erklärungen oder Auskünften wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter einem Jahre bestraft. Zur Sicherung der Geldstrafe und der Einziehung kann das Vermögen des Angeschuldigten ganz oder teilweise beschlagnahmt werden.

Belgien drängt zur Lösung

Brüssel, 27. August. Die belgische Antwortnote ist 35 Schreibmaschinenseiten lang. Die Veröffentlichung des Textes wird am Dienstag vormittag erfolgen. Die Note spricht in ihrem dritten Teil die Ansicht aus, daß die Zeit des Austausches von Noten und Gegennoten ein Ende nehmen müßte. Es sei höchste Zeit, daß man zu praktischen Taten schreite. Der erste Teil antwortet auf die Vorbehalte, die die englische Note bezüglich der belgischen Priorität macht. Im zweiten Teil beschäftigt sich die Antwortnote mit der englischen Auffassung von der Ungesetzlichkeit der Ruhrbesetzung. Der belgische Standpunkt über diesen Gegensatz sei mit dem französischen identisch.

Ein vergeblicher Schritt in London?

!! Rotterdam, 27. August. Der Courant meldet aus London: Drei Vertreter der deutschen Reichsbank, die seit Dienstag in London weilten, sind am Freitag nach dem Festland zurückgereist. Die „Daily News" behaupten, daß die deutschen Herren resultatlos zurückreisten und daß es zu Vereinbarungen über eine neue Markstützung nicht gekommen sei.

Baldwins Zusammenkunft mit Poincaré

London, 27. August. (Eig. Ber.) Die Daily-Mail erklärt heute früh, daß Baldwin vor seiner Abreise nach Aix-les-Bains noch keine Einladung erhalten habe, dem französischen Ministerpräsidenten einen Besuch abzustatten. Immerhin scheine es mehr als gewiß, daß eine Begegnung zwischen den beiden Ministerpräsidenten vor der Rückkehr Baldwins nach England, die für den September in Aussicht genommen sei, stattfinden dürfte. Allen anderen Gerüchten gegenüber stellt das Blatt fest, daß der englische Premierminister eine Aussprache mit Poincaré sehr begrüßen würde. Da die beiden Staatsmänner noch nicht zusammengekommen seien, hegen die Freunde Baldwins die Zuversicht, daß diese Begegnung eine heilsame Wirkung ausüben und die französisch-belgischen Beziehungen wieder näher zueinander bringen würden.

England und Rußland

Paris, 27. August. (Eig. Bericht.) Dem Londoner Korrespondenten des „Echo de Paris" zufolge dauern die Besprechungen der englischen Handelskommission in Moskau, an deren Spitze ein Vetter Baldwins steht, und den Mitgliedern des russischen Volks-Kommissariats an. Ein Mitglied der Kommission habe einem ausländischen Journalisten erklärt, daß man in zwei Monaten die Verhandlungen zu beenden hoffe. Die Ausstellung in Moskau habe auf die englischen Delegierten einen günstigen Eindruck gemacht und sie von dem tatsächlichen Reichtum Rußlands überzeugt. Sie hoffen, daß, wenn man Rußland nur ein wenig die Hand reiche, dieses Land nicht nur seine früheren, sondern auch neue Schulden abtragen kann. Die City, so fügt der Berichterstatter hinzu, nehme nur mit Widerstreben den Plan einer Anleihe an die Sowjet-Regierung auf; sie zeige keine große Bereitwilligkeit, die russische Regierung de jour anzuerkennen.

Stresemanns Unterredung mit dem bayrischen Ministerpräsidenten

München, 27. Aug. Der gestrige Besuch des Reichskanzlers Dr. Stresemann in Mittenwalde erfolgte bei sehr schlechtem regnerischem Wetter. Der Reichskanzler nahm mit dem Ministerpräsidenten von Knilling, dessen Gattin sowie dem Reichsgesandten von Haniel und einigen weiteren das Frühstück im Hotel zur Post ein. Im Anschluß hieran zog sich der Reichskanzler und der Ministerpräsident zu einer längeren Besprechung zurück. Am Sonntag ist der Reichskanzler nach München zurückgekehrt. In München wurde heute nachmittag folgende amtliche Mitteilung ausgegeben: Der Reichskanzler hatte anläßlich seines persönlichen Besuches beim bayrischen Ministerpräsidenten Gelegenheit genommen, die wichtigsten Fragen der äußeren und inneren Politik, insbesondere auch hinsichtlich des Verhältnisses zwischen dem Reiche und den Ländern eingehend zu besprechen. Im Vordergrund stand, bezüglich der inneren Politik, die Erörterung der wirtschaftlichen Maßnahmen, die angesichts der wirtschaftlichen Notlage unverzüglich getroffen werden müssen. Dabei wurden in grundsätzlicher Uebereinstimmung die Voraussetzungen für ein gedeihliches Zusammenarbeiten zwischen dem Reich und Bayern erneut festgelegt.

Neuer Kohlendiebstahl

Wattenscheid 27. August. (Eig. Bericht.) Die Franzosen besetzten gestern unter großem Aufwand von Truppen die beiden Schächte der Zeche „Zentrum" und den Schacht „Frühe Morgensonne", um die dort lagernden Kohlen- und Koksmengen abzutransportieren.

Poincarés übliche Sonntagsrede

:: Paris, 27. August. Ministerpräsident Poincaré hat heute zweimal das Wort ergriffen. Das erste Mal in Chassen gelegentlich einer Enthüllung eines Kriegerdenkmals und das zweite Mal bei einer Einweihung einer Gedenktafel amerikanischer Truppen. In seiner ersten Ansprache erinnerte Poincaré an die von Frankreich gebrachten Opfer und suchte hierauf den Gang der Ereignisse zu schildern, wenn Deutschland den Krieg gewonnen hätte. In seiner zweiten Ansprache wies Poincaré auf die Beziehungen zu Amerika hin und legte das Interesse dar, das Amerika an dem Wiederaufbau Frankreichs nehme.

Zurückhaltende Beurteilung der französischen Note

(:) London, 27. August. Die Times melden: Die Sachverständigen werden am Freitag bereits ihr Gutachten über die französische Note abgeben. Der Kabinettsrat, der Mittwoch stattfinden sollte, ist auf Sonnabend vertagt. Am letzten Donnerstag sprach der deutsche Botschafter im Auswärtigen Amt, wo er Curzon nicht antraf. Soweit Informationen in die Oeffentlichkeit gelangen, findet die französische Note im Sachverständigenausschuß eine zurückhaltende, aber nicht ablehnende Aufnahme.

Kommunistische Demonstration in Paris

Genf, 27. August. (Eig. Ber.) Wie das Journal aus Paris meldet, haben gestern in Paris acht kommunistische Versammlungen der Polizei stattgefunden. An den Umzügen, die bis zu den inneren Boulevards bewegten, nahmen auch mehrere Tausend teil, die unmittelbar aus dem Demonstrationszug heraus verhaftet wurden. Im übrigen verlief der gestrige Tag in Paris ruhig.

* Die Lohnbewegung in Essen. Die Lage auf den Zechen im Ruhrrevier ist nach Pressemeldungen noch nicht ganz geklärt. Während auf einer ganzen Reihe von Zechen die Arbeit voll oder aufgenommen ist, haben andere Belegschaften die Arbeit wieder eingestellt, da ihre Forderungen von den Arbeitgebern nicht bewilligt worden sind.